



Der Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark als allgemeine untere Landesbehörde · Niemöllerstraße 1 · 14806 Bad Belzig

Amt Brück
Der Amtsdirektor
für die Gemeinde Borkwalde
Ernst-Thälmann-Straße 10
14822 Brück

vorab per E-Mail: m.boese@amt-brueck.de

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: 92.20 Si 83/16/26



DER LANDRAT

des Landkreises Potsdam-Mittelmark
als allgemeine untere Landesbehörde

Stabsbereich des Landrates

Justitiariat, Kommunalaufsicht und
Zentrales Vergabewesen

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Postanschrift:

Postfach 11 38, 14801 Bad Belzig

Ihr Kontakt beim Landkreis:

Frau Siedow

Telefon: 033841 91-755

kommunalaufsicht@potsdam-mittelmark.de

Datum: 21.04.2026

Anhörung

Sehr geehrter Herr Ryll,

Sie haben mir die am 25.02.2026 durch die Gemeindevertretung Borkwalde beschlossene Haushaltssatzung 2026/2027 (Beschluss-Nr.: Bw-20-133/26) zur Genehmigung eingereicht.

Ich beabsichtige, die beantragte Genehmigung für 2026 mit einer Auflage zu erteilen.

Zuvor gebe ich Ihnen gemäß § 1 Abs. 1 VwVfGBbg i. V. m. § 28 Abs. 1 VwVfG die Gelegenheit, zu dem in der Anlage beigefügten Entwurf der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes **bis zum 21.05.2026** Stellung zu nehmen.

Freundliche Grüße

im Auftrag



Siedow

Anlage

Kontaktieren Sie uns:
Telefon: 033841 91-0
Fax: 033841 91-218
kontakt@potsdam-mittelmark.de

Besuchen Sie uns auf:
potsdam-mittelmark.de

Landkreis Potsdam-Mittelmark
IBAN: DE93 1605 0000 3502 2213 23
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Steuer-ID: DE18 11 61 118

Der Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark als allgemeine untere Landesbehörde · Niemöllerstraße 1 · 14806 Bad Belzig

Amt Brück
Der Amtsdirektor
für die Gemeinde Borkwalde
Ernst-Thälmann-Straße 10
14822 Brück

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: 92.20 – Si 83/16/26



DER LANDRAT

des Landkreises Potsdam-Mittelmark
als allgemeine untere Landesbehörde

Stabsbereich des Landrates

Justitiariat, Kommunalaufsicht und
Zentrales Vergabewesen

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Postanschrift:

Postfach 11 38, 14801 Bad Belzig

Ihr Kontakt beim Landkreis:

Frau Siedow

Telefon: 033841 91-755

kommunalaufsicht@potsdam-mittelmark.de

Datum:

Haushaltssatzung der Gemeinde Borkwalde für das Haushaltsjahr 2026/2027

Ihr Antrag auf Genehmigung vom 18.03.2026

Sehr geehrter Herr Ryll,

gemäß § 69 Abs. 4 i. V. m. § 68 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S., ber. [Nr. 38]) (BbgKVerf) haben Sie mir die am 25.02.2026 durch die Gemeindevertretung Borkwalde beschlossene Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2026/2027 (Beschluss-Nr.: Bw-20-133/26) zur Genehmigung eingereicht.

Genehmigung

Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Borkwalde für das **Haushaltsjahr 2026**, welches einen Haushaltsausgleich für das Jahr 2038 vorsieht, genehmige ich gemäß § 68 Abs. 4 BbgKVerf mit folgender Auflage:

1. Bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für 2027 sind die „Hinweise zur Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes“ aus dem Runderlass Nr. 1/2013 zu beachten.

Von den übrigen Festlegungen des Haushaltplans und seinen Anlagen habe ich Kenntnis genommen.

Kontaktieren Sie uns:
Telefon: 033841 91-0
Fax: 033841 91-218
kontakt@potsdam-mittelmark.de

Besuchen Sie uns auf:
potsdam-mittelmark.de

Landkreis Potsdam-Mittelmark
IBAN: DE93 1605 0000 3502 2213 23
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Steuer-ID: DE18 11 61 118

Begründung:

Gemäß § 68 Abs. 4 BbgKVerf bedarf das Haushaltssicherungskonzept der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

In dem Haushaltssicherungskonzept sind die Maßnahmen darzustellen, durch die Fehlbeträge abgebaut werden und das Entstehen neuer Fehlbeträge in künftigen Jahren vermieden werden. Das Jahr des Wiedererreichens des Haushaltsausgleichs ist anzugeben und in der Haushaltssatzung festzusetzen. Hierbei ist der Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen.

Mit dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept wird das Jahr für das Wiedererreichen des gesetzlichen Haushaltsausgleichs auf 2038 festgesetzt und überschreitet damit deutlich den mittelfristigen Planungszeitraum. Ein derart längerer Zeitraum kann nur genehmigt werden, wenn die Gemeinde einen überragenden Konsolidierungswillen nachweist, der sich an den unter Ziffer 2.4 des RdErl Nr. 1/2013 des MI vom 24.07.2013 genannten Kriterien orientiert.

Um den überragenden Konsolidierungswillen bestätigen zu können, ist es erforderlich, dass die einzelnen Maßnahmen so beschrieben werden, dass deren Nachvollziehbarkeit und Umsetzbarkeit sowie die Geeignetheit für die Wiedererreichung des Haushaltsausgleichs geprüft werden können.

Hierzu sind die festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen im Einzelnen hinsichtlich der inhaltlichen und zeitlichen Umsetzung zu beschreiben. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen für den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einzeln darzustellen. Mit dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept werden zwar 13 Punkte benannt und überwiegend auch näher erläutert, die zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen sollen, jedoch lässt sich die finanzielle Auswirkung und deren Berücksichtigung im Haushaltsplan nicht nachvollziehen.

Da es sich um das erste pflichtig aufzustellende Haushaltssicherungskonzept handelt und die Gemeinde Borkwalde bereits an der Konkretisierung der Maßnahmen arbeitet, ist es in Ausübung des mir zustehenden Ermessens sachgerecht, dennoch die Genehmigung für das Haushaltssicherungskonzept als Arbeitsgrundlage für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zu erteilen.

Trotzdem ist es erforderlich, mithilfe der Auflage auf die Konkretisierung der Maßnahmen und den konkreten Bezug dieser zum Haushalt hinzuwirken. Die Maßnahme ist geeignet dieses Ziel zu unterstützen, da der Runderlass Hilfestellung bietet, um ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept 2027 zu erarbeiten. Die Auflage ist auch angemessen, da sie nicht in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Borkwalde z. B. hinsichtlich der Auswahl geeigneter Maßnahmen eingreift, sondern sie lediglich an die Grundsätze zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bindet, so dass zukünftig die Genehmigungsfähigkeit sichergestellt und damit der schnellstmögliche Zeitraum zur Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit dargestellt werden können.